

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

NP-AKTUELL

FABIAN KESSL

Kommentar: Die politische Abstinenz und die Zukunft der Sozialen Arbeit.
Über fundamentalistisch begründete Jugendgewalt, Renationalisierungstendenzen in Europa und ihre Konsequenzen für die Profession (S. 411-414)

Trends • Kommentare • Dokumentationen • Informationen

Die politische Abstinenz und die Zukunft der Sozialen Arbeit. Über fundamentalistisch begründete Jugendgewalt, Renationalisierungstendenzen in Europa und ihre Konsequenzen für die Profession

I.

Es ist schon phänomenal: Kritische Publizist_innen oder Polizeiwissenschaftler sind aktuell diejenigen, die auf die Relevanz Sozialer Arbeit hinweisen, wenn nun über politische Konsequenzen aus den Bombenanschlägen, Amokfahrten oder Messerattacken in Mitteleuropa nachgedacht wird. Ulrike Guérot, Direktorin des European Democracy Lab an der European School of Governance in Berlin, fragt in einem gemeinsamen Beitrag mit dem Hamburger Schriftsteller Christian Schüle, warum »nicht längst Legionen gut entlohnter Sozialarbeiter in den Banlieues eingesetzt werden« (Der Freitag, 29/2016). Rafael Behr fragt an gleicher Stelle eine Woche später (Der Freitag, 30/2016), warum niemand den Vorschlag macht, statt der vom Seeheimer Kreis in der SPD geforderten zusätzlichen 20.000 Polizist_innen ebenso viele zusätzliche sozialpädagogische Fachkräfte einzustellen. Das Phänomen aus Sicht der Sozialen Arbeit ist – unabhängig von der Gestalt der je konkreten Forderung: Warum stellen nicht die Repräsentant_innen der Sozialen Arbeit derartige Fragen?

Bereits die so genannte Flüchtlingskrise in 2014/15 hat in den Feldern Sozialer Arbeit ein eigenartiges Schweigen erzeugt. Ausnahmen, wie der Zwischenruf der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V. (IGFH) im Kontext des Umgangs mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen oder das Positionspapier »Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften – professionelle Standards und sozialpolitische Basis« einer größeren Gruppe von Fachkolleg_innen sowie die darüber an einzelnen Stellen entfachte Auseinandersetzung (vgl. u.a. die Stellungnahme des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit Berlin) markieren hier eher eine Bestätigung des weitgehenden Schweigens denn einen Gegenbeweis. Denn zum einen sind diese Positionen (bisher) fach- wie gesellschaftspolitisch weitgehend ungehört verhallt, zum anderen greifen sie – so notwendig sie zugleich sind (der Autor des vorliegenden Kommentars hat das genannte Positionspapier selbst mit unterzeichnet) – doch zu kurz.

In den aktuell notwendigen Vergewisserungen, welche Konsequenzen aus den Erfahrungen mit fundamentalistisch begründeter Jugendgewalt und mit den europa- wie weltweiten Renati-

onalisierungsbestrebungen (die immer wieder in Zusammenhang mit den Flucht- und Migrationspraktiken vieler Tausender von Menschen gebracht werden) gezogen werden sollten, steht nämlich nicht weniger als die Frage auf der Agenda, wie das Soziale in Zukunft gestaltet werden kann und soll. Insofern ist eine einfache Antwort, wie die Forderung nach 20.000 zusätzlichen sozialpädagogischen Fachkräften, auch unzureichend. Dennoch markiert sie die Notwendigkeit der Auseinandersetzung, die über die zukünftige Gestalt(ung) des Sozialen zu führen ist. Und genau das ist an sich *ein*, vermutlich sogar *das* Kernanliegen Sozialer Arbeit, ja ihre identitätsstiftende Kraft und institutionalisierende Quelle. Daher ist es umso verblüffender, dass sich ihre Repräsentant_innen nur in marginaler Form oder gar nicht entsprechende politische Auseinandersetzungen mit anstoßen und sich an ihnen beteiligen.

II.

Wie die Vereinbarung und die damit verbundenen Übereinkünfte zur Gestaltung und Regulation des menschlichen Zusammenlebens im Fall menschlicher Notlagen getroffen und konkretisiert werden, ist das, was ›das Soziale‹ charakterisiert. Lautet die Antwort, die Bearbeitung menschlicher Notlagen liege, mindestens teilweise, in öffentlicher Verantwortung, so ist auf den seit dem 19. Jahrhundert zunehmend markierten politischen Horizont verwiesen. Dieser historisch-spezifische Ausdruck des Sozialen setzte den wohlfahrtsstaatlichen Regulations- und Gestaltungsanspruch und die damit verbundenen Versorgungs-, Vorsorge- und Fürsorgestrukturen auf die Agenda – und damit auch die Etablierung einer professionellen Sozialen Arbeit. Verliert dieses Verständnis aber seine Legitimation und wird von einem *neo-sozialen* Verständnis abgelöst, wie dies seit einigen Jahrzehnten zu beobachten ist – also von einem Verständnis, menschliche Notlagen seien das Ergebnis einer unzureichenden Lebensgestaltungsverantwortung durch die Einzelnen, weshalb dieses Defizit staatlich bearbeitet werden müsse (z.B. Staat als Erziehungsagentur im Feld der Berufshilfe), bisherige Solidaritätsstrukturen seien durch gemeinschaftliche Loyalitätsverbände zu substituieren (z.B. Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements in Stadtteilbevölkerungen) und bisherige Vorgehensweisen seien repressiv umzugestalten oder zu ergänzen (z.B. Zwang als Mittel der Pädagogik; Sanktion als Instrument der Berufshilfe) – verliert auch Soziale Arbeit ihre Legitimation, die sie als wohlfahrtsstaatlich verfasste Instanz inne hatte. Und das ist entscheidend: Soziale Arbeit als öffentlich verfasste Instanz der Regulierung und Gestaltung von subjektiven Lebensführungsweisen ist auch in veränderten wohlfahrtsstaatlichen Kontexten nicht per se infrage gestellt. Das belegt das „Erfolgsmodell“ Soziale Arbeit in Bezug auf die immensen Beschäftigungszahlen. Deshalb werden viele ihrer Repräsentant_innen auch nicht müde, darauf hinzuweisen. Allerdings verstellt der freudige Verweis auf deutlich mehr als eine Million beschäftigte Fachkräfte nicht nur den Blick auf die damit verbundenen, häufig prekären, Arbeitsbedingungen der einzelnen Beschäftigten. Für das hier formulierte Argument ist noch von größerer Bedeutung, dass ein Binnenblick auf solche quantitativen Entwicklungen die Bearbeitung der viel grundlegenderen Frage verstellt, wie Soziale Arbeit das Soziale gegenwärtig denkt und denken sollte: Wie wird und wie soll der Alltag ihrer (potenziellen) Nutzer_innen heute und in Zukunft reguliert und gestaltet werden?

Geschieht eine entsprechende Vergewisserung aber nicht (mehr) auf Basis einer Vereinbarung, dass die (potenziellen) Nutzer_innen Träger sozialer Rechte sind – und das wären dann eben gerade auch jihadistisch ideologisierte Jugendliche oder Menschen ohne Papier und/oder auf der Flucht – und sie zugleich Betroffene struktureller Missstände sind, die es bildungs- und sozialpolitisch, armuts- und steuerpolitisch, selbst zu beheben gilt, sondern auf Basis eines Verständnisses, das sowohl die Quelle des Missstandes in den Subjekten selbst sucht als auch die Quelle der Überwindung dieses Missstandes, so ist eben nicht weniger als das bisherige Programm

›des Sozialen‹ in seiner wohlfahrtsstaatlichen Form in Zweifel gezogen. Insofern ist die Frage nach ›dem Sozialen‹ eine grundlegende Frage, deren Beantwortung von fundamentaler, eben identitärer wie existenzieller Bedeutung, für die professionelle Soziale Arbeit ist, die als wohlfahrtsstaatliche Instanz etabliert wurde. Im ersten Fall wären wohlfahrtsstaatliche Übereinkünfte und Vereinbarungen, z.B. individuelle Leistungsrechte, zu verteidigen und zugleich auf Basis der berechtigten Kritik wohlfahrtsstaatlicher Leistungszuschnitte (z.B. in Bezug auf hegemoniale Geschlechter- und Zugehörigkeitsmodelle) weiterzuentwickeln; im zweiten Fall ändert die Soziale Arbeit ihr bisheriges wohlfahrtsstaatliches Gesicht aber in ganz anderer Weise. Kennzeichen dieser bereits seit längerem sichtbaren Entwicklungen sind so unterschiedliche Entwicklungen wie die Re-Etablierung von freiheitsentziehenden Maßnahmen als »pädagogisches Mittel« (z.B. geschlossene Unterbringung), die Aufgabe professioneller Standards im alltäglichen Tun (z.B. Soziale Arbeit in der neuen »Mitleidsökonomie«) oder eben die Substitution individueller Leistungsrechte (z.B. durch »Sozialraumorientierung«).

III.

Was dies nun mit Rafael Behr und der Flüchtlingskrise zu tun hat? Den Repräsentant_innen Sozialer Arbeit fehlt zunehmend die Basis zum politischen Einspruch – sei es nun in der öffentlichen Diskussion um die Konsequenzen aus der verbreiteten Angst, die sich mit Blick auf die europaweiten Anschläge breit macht, und weiter breit zu machen droht, oder in den sozial- und armutspolitischen Debatten um die Versorgung von Flüchtlingen und Zugewanderten.

Soziale Arbeit hat sich immer auf den wohlfahrtsstaatlichen Integrationskompromiss als gegebene gesellschaftliche, politische und normative Basis des eigenen Tuns verlassen. Politische Einmischung hieß daher, an diesen Kompromiss zu erinnern, seine Nicht-Einhaltung zu skandalisieren, wie dies z.B. im Umfeld der einflussreichen Jugendberichte in den 1980er und 90er Jahren für das Feld der Jugendhilfe zu beobachten war. Doch vor welchem Horizont können diejenigen Akteur_innen, die leitbegrifflich und fachpolitisch prägend sein könn(t)en – Funktionäre in den Trägerverbänden, Repräsentant_innen in den Berufsverbänden und Interessensorganisationen, Fachpolitiker und nicht zuletzt Hochschullehrer_innen – 2016 noch einen Einspruch gegen die vorherrschenden sicherheitsorientierten und re-nationalisierenden Politiken formulieren?

Aktuell deutet vieles darauf hin, dass nicht nur diese Basis der Positionierung brüchig geworden ist, sondern auch gar kein Interesse vorherrscht, entsprechende herrschaftskritische Positionen einzunehmen. Vielfach versuchen gerade Funktionäre auf Verbandsebene eher auf den fahrenden Zug der weiteren sicherheitspolitischen Dynamik einerseits und auf die Delegitimierung öffentlicher Versorgungs- und Fürsorgeangebote aufzuspringen. Möglicherweise fundamentalistisch gefährdete Jugendliche werden dann frühzeitig identifiziert und speziell behandelt oder gewaltgefährdete Jugendliche behavioral verbrämten Verhaltenstrainings unterzogen, um Soziale Arbeit als die bessere Ordnungshüterin zu präsentieren. Und gleichzeitig werden Angebote der Armutslinderung unterstützt (z.B. spendenbasierte Lebensmittelversorgung im Flüchtlingscamp), die die Betroffenen in loyalitätsbasierten Abhängigkeitsverhältnissen und nicht berechenbaren Existenzsicherungspraxen gefangen hält, und die auch keine professionellen Fachkräfte mehr erforderlich zu machen scheint. Schließlich werden die nationalstaatlich begrenzten Angebotsstrukturen, die den Zugang zu Dienstleistungsangeboten für viele Menschen – eben die ohne Aufenthaltspapiere, im Flüchtlings- oder Abschiebestatus – schwierig bis unmöglich machen, eher akzeptiert und alltäglich reproduziert statt ihre Begrenzung mit Verweis auf die Ausschließung, die sie für (potenzielle) Nutzer_innen Sozialer Arbeit bedeutet, zu skandalisieren und auch zu unterlaufen.

Es wäre ein neues Phänomen, wenn Soziale Arbeit stattdessen eine solche Skandalisierung auf der Basis ihres alltäglichen Tuns, der vielfachen Erfahrungen mit Ausschließungspraktiken, Beschämungstendenzen und institutionellen Diskriminierungen zum Anlass nehmen würde, politisch in unterschiedlicher Weise Stimme zu erheben: gesellschaftspolitisch für eine Bereitstellung von Alltagsbedingungen für die (potenziellen) Nutzer_innen, die diese förderlichen Optionen zur Lebensgestaltung bereitstellen, und fachpolitisch für angemessene Bedingungen des eigenen Tuns, die ein professionelles Arbeiten für die (potenziellen) Nutzer_innen im öffentlichen Auftrag erlauben. Eine derartige politische Einmischung ist nicht Teil des alltäglichen sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Tuns der Fachkräfte. Dort ist vielmehr eine selbstkritische Reflexion der eigenen Eingebundenheit in vorherrschende Logiken und Strukturen zu betreiben und nach möglichen Alternativen, Subversionen und Widerstandspraktiken im alltäglichen Bildungs-, Erziehungs- und Sorgeschäft zu fahnden. Wenn aber Funktionäre, Fachpolitiker_innen und Wissenschaftler_innen eine solche politische Einmischung unterlassen, kann das alltägliche Tun auch nicht als professionelles Agieren vollzogen werden, weil sich Soziale Arbeit notwendigerweise den hegemonialen Mustern der Regulierung und Gestaltung von alltäglicher Lebensführung unterwerfen muss und ihren Ermessensspielraum damit noch verkleinert.

Dass kritische Publizist_innen und Polizeiwissenschaftler die Öffentlichkeit an die gesellschaftliche Dimension der aktuellen Entwicklungen, an die Lebensbedingungen und strukturellen Kontexte z.B. jugendlicher Gewaltakte, erinnern, und daher an die damit verbundene öffentliche Verantwortung, ist erfreulich. Dass die öffentlich beauftragte Agentur Soziale Arbeit als Instanz der Unterstützung subjektiver Lebensführung diese Thematisierung nicht ebenfalls vollzieht, ist bezeichnend – ja in Bezug auf ihre Position als eine ›Agentin des Sozialen‹ besorgniserregend.

*Verf.: Prof. Dr. Fabian Kessl Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
E-Mail: fabian.kessl@uni-due.de*

Die digitale neue praxis – np-online



Ihre Vorteile der App

- Lesen Sie die aktuelle Ausgabe der np breits 10 Tage vor Auslieferung der Printausgabe
- Kostenlose Digital-Ausgabe Ihres Abos
- Alle np-Ausgaben Ihres Abos in einer App
- Volltextsuche in den Ausgaben

verlag
neue
praxis

Um die **Vorteile** der **kostenlosen App** nutzen zu können, **senden Sie uns bitte Ihre E-Mail-Adresse an info@verlag-neue-praxis.de**

Sie erhalten dann Ihre Zugangsdaten zur App.

Erhältlich im
App Store

JETZT BEI
Google play

Zusätzlich können Sie das np-Archiv ab 2010 exklusiv und kostenlos nutzen!

Sichern Sie sich einen Zugangscode über eine Anfrage beim Verlag.

Mehr Informationen über den np-Online-Shop erhalten Sie unter:
www.neue-praxis-shop.de

np-Online-Archiv



Printausgabe

App

verlag | neue
praxis

Verlag neue praxis GmbH • Lahneckstraße 10 • 56112 Lahnstein
Telefon 02621.187159 • Telefax 02621.187176
info@verlag-neue-praxis.de • www.verlag-neue-praxis.de

In den nächsten Heften u. a.

- „... im Endeffekt kam es mir'n bisschen geheuchelt vor ...“ – Auswirkungen des Strukturdilemmas von Hilfe und Kontrolle auf einen Hilfeverlauf.
- Familienbilder und Kooperationsfamilien in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe
- Kompetenzen für eine religionssensibel Soziale Arbeit
- Vielgestaltigkeit von Netzwerken in der Sozialen Arbeit
- Die psychosoziale Dimension der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung